

„junge Welt“ v. 9. Jan. 06

<http://www.jungewelt.de/2006/01-09/016.php>

Abgeschrieben:

**DER PARTEIVORSTAND DER DKP (DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI)  
RUFT ZU PROTESTEN BEIM EUROPARAT AUF:**

Ende Januar soll im Europarat ein Beschlußentwurf unter dem Titel »Über die Notwendigkeit der internationalen Verurteilung der Verbrechen totalitärer kommunistischer Regimes« vorgelegt werden. Die wesentlichen Inhalte des hinlänglich bekannten »Schwarzbuchs des Kommunismus« sollen jetzt die Weihen des Europarates erhalten. Zwar ist längst erwiesen, daß das »Schwarzbuch des Kommunismus« keiner wissenschaftlichen Analyse standhält und ausschließlich der Versuch ist, mit Lügen und Halbwahrheiten Antikommunismus zu verbreiten. Dennoch wird jetzt der Europarat für eine antikommunistische Kampagne mißbraucht. Der politische Hintergrund ist offensichtlich die Tatsache, daß politische Widersprüche im Kapitalismus zu Widerstand, zur Diskussion von Alternativen, aber auch von gesellschaftspolitischen Perspektiven führen. Die Unfähigkeit, im Kapitalismus entstandene Probleme im Sinne der Interessen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung zu lösen, führt zunächst zu Debatten über Ursachen und Analysen der entstandenen Situation. Allerdings unterstreichen auch Umfragen in der Bundesrepublik Deutschland, daß die Mehrheit der Bevölkerung Sozialismus für eine gute Sache hält, gleichzeitig allerdings die reale Durchsetzung eines solchen gesellschaftspolitischen Konzepts für unmöglich hält. (...)

Die Kommunistinnen und Kommunisten Deutschlands kennen die Folgen dieses Antikommunismus sehr genau. In der Zeit des Faschismus wurden 150000 Kommunistinnen und Kommunisten verfolgt, 26000 wurden ermordet. In der Zeit des Verbots der KPD von 1956 bis zur Neukonstituierung der DKP 1968 wurden 10000 Kommunistinnen und Kommunisten und Sympathisantinnen und Sympathisanten verfolgt und oftmals zu mehrjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Vor allem in den 80er Jahren wurden 10000 – vor allem Mitglieder der DKP – mit Berufsverbot belegt. Diese Maßnahmen betrafen zunächst KPD- und später DKP-Mitglieder. Sie zielten jedoch weit darüber hinaus auf linke und demokratische Kräfte, die nach progressiven Lösungen für entstandene Probleme suchten.

In dieser Zeit sind kommunistische Parteien in den Mitgliedsländern der EU Lettland und Litauen verboten. Repräsentanten dieser Parteien sind verurteilt und sitzen in Gefängnissen. In Tschechien droht dem Kommunistischen Jugendverband KSM das Verbot. In Polen, Ungarn, Tschechien sind per Gesetz kommunistische Symbole verboten. Es gibt wohl kein Land Europas, in dem wohl tatsächlich kommunistische Parteien gleichberechtigt und demokratisch am politischen Leben teilnehmen können.

Angesichts dieser Situation ruft die DKP zur Teilnahme an einer Protestaktion vor dem Gebäude des Europarats in Strasbourg am Dienstag, 24. Januar 2006, auf. Die DKP wird am 21. Januar 2006 an einer Veranstaltung in Brüssel teilnehmen, zu der mehrere kommunistische und Arbeiterparteien einladen.

Die DKP wendet sich an die Europäische Linkspartei mit der Aufforderung, Proteste gegen die mögliche Beschlußfassung des antikommunistischen Pamphlets zu unterstützen bzw. selbst zu initiieren. Die DKP wendet sich an Linkspartei.PDS, WASG und andere linke Zusammenhänge in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel, parlamentarische und außerparlamentarische Proteste zu entwickeln.